

C·A·P Planung...

13. Juli 1998

Brainstorming „Zukunftsfaktor Digitalisierung“ im C·A·P.

14./15. Juli 1998

„Editing a Changed World“ - Runder Tisch der Forschungsgruppe Europa in Kooperation mit dem Foreign Policy Journal in Washington, D.C. im Rahmen des Projektes „Improving Responsiveness“.

17. Juli 1998

Arbeitssitzung der Projektgruppe „Transformtion im C·A·P“

24./25. September 1998

Zweites Treffen der AG Migration, Transatlantische Lerngemeinschaft in Amsterdam

16./17. Oktober 1998

Konferenz „Decision Makers 2010“ der Forschungsgruppe Zukunftsfragen in Kronberg.

26./27. Oktober 1998

Deutsch-französische Europakonferenz mit Notre Europe (Paris).

C·A·PANORAMA...

erscheint vierteljährlich und wird herausgegeben vom Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 / 4904 290

Fax 089 / 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.cap.uni-muenchen.de>

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Gestaltung: Dr. Jürgen Gros

Redaktion: Dr. Jürgen Gros, Silke

Mayerl, Eva Feldmann

Produktion: Bartels & Wernitz, München

Jugendarbeitslosigkeit in der EU

von Barbara Tham

Arbeitslosigkeit ist ein ernstzunehmendes Problem in Europa und betrifft insbesondere junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen in der Europäischen Union beträgt gegenwärtig über 20 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Bildungsstand und Qualifizierung spielen hierbei eine große Rolle. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine der größten Herausforderungen, vor der die EU heute steht. Die Akzeptanz der weiteren Integration wird unter anderem davon abhängen, ob es ihr gelingt, neue Lösungen zur Förderung der Beschäftigung und im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zu finden. Ein Europa der Bürger darf nicht nur für einen Teil der Bevölkerung wirtschaftliche und soziale Integration und damit Zugehörigkeit zur Gemeinschaft bedeuten. Ein Europa der Bürger muß für alle Einwohner eine Perspektive bieten, ansonsten wird der weitere Integrationsprozeß von denjenigen in Frage gestellt, die an diesem nicht mehr teilhaben können und ihm deshalb ihre Unterstützung entziehen.

Jugendliche erwarten sich von der Europäischen Union Antworten und Lösungsansätze für ihre sozio-ökonomische Situation. Für sie ist es selbstverständlich, daß die EU als eine Wirtschaftsgemeinschaft auch hinsichtlich der Arbeitsmarktprobleme tätig wird und die Beschäftigungskrise und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft. Die jungen Menschen in Europa möchten hierbei von der Ebene der europäischen Politik stärker berücksichtigt werden. Sie wollen nicht nur als Objekt und Zielgruppe behandelt werden, sondern aktiv bei der Problemlösung und -bewältigung beteiligt werden.

Der Europäischen Union sind die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere die der Jugendarbeitslosigkeit sehr wohl bewußt. Infolge der Zuspitzung der Beschäftigungskrise seit Anfang der 90er Jahre hat sie deshalb die Situation auf dem Arbeitsmarkt detailliert analysiert, Lösungsoptionen entwickelt und diese mit den beteiligten Akteuren auf europäischer und nationaler Ebene diskutiert. Die hierbei erstellten Papiere berücksichtigen die jugendspezifischen Problemlagen und versuchen für die Zielgruppe angemessene Lösungsansätze zu entwickeln. Qualifikation, Integration, Bekämpfung von Benachteiligung und Chancengleichheit stehen im Mittelpunkt ihrer Bemühungen.

Nunmehr ist die Europäische Union gefordert, die bisher gemachten Vorschläge und Versprechungen auch einzulösen und sich nachhaltig für junge Menschen und die Verbesserung ihrer Chancen und Möglichkeiten in Europa einzusetzen. Wie groß ihr Spielraum diesbezüglich ausfällt, hängt allerdings nicht zuletzt von den nationalen Regierungen ab und deren Bereitschaft, der Europäischen Union in diesem Bereich Handlungskompetenz einzuräumen und sie bei den angestrebten Aktivitäten zu unterstützen.

Bei allen politischen Vorgaben und Maßnahmen wird es zukünftig darauf ankommen, daß die Europäische Union die jungen Menschen und deren Einstellungen und Forderungen berücksichtigt und sie auch aktiv an der Politikgestaltung bei jugendrelevanten Fragestellungen partizipieren läßt. Auch wenn der Jugend mehr Aufmerksamkeit in der EU zuteil wird, so ist sie doch noch weit von einer echten Mitwirkungsmöglichkeit entfernt. Diese gilt es im Interesse eines Europas der Bürger und im Hinblick auf die Zukunft der europäischen Integration konstant auszubauen.

Barbara Tham M.A. ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa. Ende 1998 wird die als Dissertation eingereichte Untersuchung zur Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union im Rahmen der Schriftenreihe der Forschungsgruppe Jugend und Europa veröffentlicht werden.

C·A·P_{rolog}...

Europa bewegt sich...

...langsam und durchaus nicht sicher. Bisweilen braucht es Jahre, um Ergebnisse angewandter Politikforschung im politischen Prozeß umzusetzen. Jüngstes Beispiel dafür ist die Kompetenzdebatte des letzten EU Gipfels in Cardiff. Die konzeptionellen Grundlagen der Debatte reichen weit zurück.

Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und führenden Experten hat die Forschungsgruppe Europa bereits 1993 unter dem Titel „Europa 96“ einen Katalog der Kompetenzverteilung wie Prinzipien künftiger Kompetenzzuweisung entwickelt – gestützt auf unsere Analyse der Maastrichter Verhandlungen und die Schlußfolgerung, daß Subsidiarität, wie im Vertrag verankert, nicht mehr sei als ein Appell an die Selbstbeschränkung der Akteure. Eine wirksame Widerlegung des Zentralismusverdachts gegenüber der EU war und ist nur über eine eindeutige Kompetenzabgrenzung zu erreichen. Der Integrationsprozeß benötigt diese materielle Vereinfachung nicht weniger als institutionelle Transparenz, um Akzeptanz zu bewahren und neu zu gewinnen. Das Gesamtkonzept dazu haben wir seither ständig weiterentwickelt – Exemplare sind noch verfügbar.

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der Forschungsgruppe Europa

Leben in der Welt von morgenAmerikaner, Asiaten und Europäer reflektieren
Zukunftswege

Mit einer zweitägigen Konferenz unter der Leitung von Prof. Dr. Werner Weidenfeld hat die Forschungsgruppe Zukunftsfragen den Zukunftsdialog zwischen Denkern aus Nordamerika, Asien und Europa auf den Weg gebracht. Im gemeinsamen Projekt mit der Hoechst Foundation „Wie wir morgen leben wollen“ behandelten die Teilnehmer erstmals trilateral zentrale Zukunftsperspektiven.

Die Konsequenzen der Globalisierung waren das Thema, das die Vorträge und Diskussionsbeiträge in verschiedenen Nuancen durchzog. Wer in die Zukunft gesellschaftlicher Entwicklungen blicken will, muß sich fragen, wie eine globalisierte Welt letztlich beschaffen sein wird. John Browning, in London lebender Essayist der amerikanischen Zeitschrift Wired, war einer der Referenten, der diesen Schritt beispielhaft ging. Im Panel „Zukunftstrends“ zeichnete er das Bild einer Welt, die im Zeichen der Digitalisierung steht. Diese Welt werde von Ideen, Images und dem Handel mit Informationen dominiert. Sie seien die entscheidenden Wirtschaftsfaktoren. Die Digitalisierung fördere eine Vielzahl spezifischer Netzwerke, die sich über geographische Grenzen hinweg verständigen und dabei eine neue gesellschaftliche Realität verwirklichen, die sich nationalstaatlicher Souveränität in weiten Teilen entzieht.

Auch die Frage, wie Gesellschaften unterschiedlicher Traditionen neben- und miteinander existieren, wurde im Verlauf der Konferenz thematisiert. Xinning Song, Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Peking, betonte, daß die wirtschaftliche Entwicklung für China höchsten Stellenwert besitze; in dieser Hinsicht könne man auch vom Westen lernen. Ronnie Chan, Unternehmer aus Hong Kong und Vize-Chairman beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos, machte anschaulich, wie der Einfluß des Buddhismus und Konfuzianismus die asiatischen Gesellschaften geformt hat.

Während der Konferenz wurde deutlich, daß die Diskrepanz zwischen Eliten, die mit den Folgen eines technologieinduzierten Wandels zurechtkommen und der Masse derer, die den intellektuellen Anschluß an diese Dynamik verloren haben, Brisanz für die Gesellschaften aller drei Regionen birgt. Die Konsequenzen der Digitalisierung bleiben daher zentrale Punkte auf der Agenda der Forschungsgruppe Zukunftsfragen. Komplettiert wird diese Agenda durch die Biotechnisierung des gesellschaftlichen Lebens, die gleichermaßen revolutionär die Zukunft prägen wird.

Informationen zur Arbeit der Forschungsgruppe Zukunftsfragen sowie eine vollständige Dokumentation der Konferenz finden sich auf der Projekt-Homepage <http://www.hoechst-forum.uni-muenchen.de>



Der „Weltreisende“ Chan rief Europa zu mehr Offenheit gegenüber Asien auf.

Sind Europa und Nation Gegensätze?

Identität der Europäer im Mittelpunkt von FAZIT Nation

Sind Nation und Europa Gegensätze, oder können sie sich konstruktiv ergänzen? Hat das Konzept der Nation eine Zukunft? Wie groß ist die Leistungsfähigkeit der Nation angesichts der Globalisierung der Volkswirtschaften? Diese Ausgangsfragen markierten auf dem Forum FAZIT Nation vom 13./ 14. Mai 1998 in Berlin Eckpunkte einer spannenden Diskussion. Das Forum wurde wieder gemeinsam von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und dem DeutschlandRadio Berlin in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) durchgeführt. Mit einem Grundsatzbeitrag hatte der rumänische Staatspräsident Constantinescu das Forum am Abend des 13. Mai eröffnet. Er beschrieb darin die Perspektive der rumänischen Nation auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft.

Die Debatte des folgenden Tages war geprägt von Fragen nach dem heutigen Stellenwert der Nation (Lord William Wallace of Saltire, Ian Buruma, Prof. Dr. Peter Sloterdijk, Prof. Dr. Christoph Stözl) und einer europäischen Identität. In den Statements des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble und dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement wurden Diskrepanzen deutlich. Während Schäuble für die Vereinbarkeit beider Konzepte warb, äußerte der französische Minister Skepsis. Nach Chevènement werde die Nation bis auf weiteres der Organisationsrahmen der Menschen sein. Solange sprachliche und kulturelle Grenzen fortbeständen, sichere nur das Konzept der Nation die Identität ihrer Bürger. Die Perspektive Polens wurde von dem früheren polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki in die Diskussion eingebracht. Für Polen sei die Integration in die europäische Union ein „gesamtnationales Ziel“. Er äußerte die Hoffnung, daß Polen, Deutschland und Frankreich „Schulter an Schulter in das neue Jahrhundert in Europa“ gehen. Wohlfahrtsstaatliche Aspekte dominierten das letzte Panel des FAZIT-Forums. Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen, wies auf die Anpassungsnotwendigkeit des Nationalstaates in Zeiten der Globalisierung hin. Den Nationen blieben ökonomische Steuerungspotentiale nur dann, wenn sie sich den globalen Herausforderungen anpassen würden. Um in der weltweiten Konkurrenz bestehen zu können sei es notwendig, nicht nur den EURO erfolgreich einzuführen, sondern zusätzlich eine umfangreiche nationale Reformagenda in die Realität umzusetzen.

Der Direktor des C•A•P, Prof. Werner Weidenfeld, hob in seiner Zusammenfassung das zentrale Problem der Nation hervor. Der Nationalstaat werde zum Bezugspunkt großer Frustration, weil er der Erwartung seiner Bürger nicht mehr entspreche. Es entstünden immer mehr Verteilungskämpfe und damit Probleme der nationalen Identität. Das Forum habe gezeigt, daß der Nationalstaat durch das Auswandern von solchen Problemen erodiere, die nur noch auf europäischer Ebene aufgefangen und gelöst werden könnten.

Jürgen Turek



Prof. Werner Weidenfeld im Gespräch mit dem rumänischen Staatspräsidenten Emil Constantinescu während der Veranstaltung FAZIT Nation.

C•A•Portrait...

...Mit Douglas Merrill hat das C•A•P wieder einen wissenschaftlichen Mitarbeiter aus den USA. Seit März 1998 ist er an Bord des Teams der Forschungsgruppe Zukunftsfragen. Am Sprung von der amerikanischen in die bayerische Hauptstadt hat ihn insbesondere die Aussicht gereizt, an einem Projekt zu arbeiten, das sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen in kulturübergreifender Sicht beschäftigt. Douglas Merrill hat Politikwissenschaft und Germanistik studiert; seine Magisterarbeit schrieb er am Center for German and European Studies der Georgetown University. In Washington war Merrill vor seinem Wechsel nach München Analyst der Finanzberatungsfirma G7 Group. Zuvor hatte er für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und für verschiedene Wirtschaftszeitungen in Budapest und Warschau gearbeitet.



Europa von A-Z auf katalanisch

Josef Janning (C•A•P), Jordi Pujol (el president generalitat de catalunya) und Werner Weidenfeld (C•A•P) anlässlich der Vorstellung der katalanischen Ausgabe von **Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration in Barcelona.**

Direkte Nachbarschaft

Die Gestaltung der direkten Nachbarschaft zwischen der künftigen EU und der Russischen Föderation, der Ukraine, Weißrußland und Moldova ist eine Schlüsselfrage beim Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung. Der sich bereits heute abzeichnende Handlungsbedarf erfordert eine detaillierte Analyse der künftig zu erwartenden Nachbarschaftsprobleme. Auf der Grundlage differenzierter Problemanalysen muß die EU frühzeitig Lösungsstrategien entwickeln. Ziel der Problemanalysen sollte es dabei zugleich sein, politische Handlungsempfehlungen für die Gestaltung der direkten Nachbarschaft zu entwickeln. Hierzu leistet der vorliegende Band einen wesentlichen Beitrag.

Kempe, Iris: **Direkte Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen der erweiterten EU und der Russischen Föderation, Ukraine, Weißrußland und Moldova**, Gütersloh 1998, Verlag Bertelsmann Stiftung, ISBN 3-89204-827-4, 64 S.

Deutsche Europapolitik

Seit ihrer Gründung verfolgt die Bundesrepublik Deutschland eine Außenpolitik, die ihre Interessen in erster Linie über multilaterales Handeln umzusetzen sucht. Stärkung der internationalen Kooperation und vor allem die europäische Integration werden als der beste Weg angesehen, die Vertretung deutscher Anliegen abzusichern. Im Prozeß der Vertiefung der Institutionen und Politiken der Europäischen Union, der kontinuierlichen Erweiterung der Gemeinschaft sowie der Ausdifferenzierung politischer, ökonomischer und technologischer Herausforderungen bildet sich jedoch ein Dilemma heraus: Die Komplexität der Integrationsprozesse trifft in der Bundesrepublik auf ein bewußt föderal ausgestaltetes politisches System. Obwohl im Grundsatz stets integrationsfördernde Lösungen von Bonn aus propagiert werden, offenbaren sich auf der operativen Ebene deutscher Europapolitik in zunehmender Weise Konflikte. Es fehlen nationale Abstimmungsprozeduren, die die Legitimität, Transparenz und Effizienz der deutschen Europapolitik erhöhen.

Weidenfeld, Werner (Hrsg.): **Deutsche Europapolitik - Optionen wirksamer Interessenvertretung**, Bonn 1998, Europa Union Verlag, Band 2 der Münchner Beiträge zur europäischen Einigung.

Unter veränderten internationalen Rahmenbedingungen wird in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft zudem vielfach die Frage nach der Kontinuität der deutschen Europapolitik – in bezug auf ihre Zielsetzungen, Strategien und Partnerkonstellationen – gestellt. Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München das Projekt „Effektivierung deutscher Europapolitik“ initiiert. Im Kontext des Projektes entstanden die verschiedenen Studien dieses Bandes, die in einem Querschnitt die deutsche Europapolitik der neunziger Jahre untersuchen und Handlungsoptionen für die deutsche Politik formulieren. Die Komplexität der politischen Entscheidungsprozesse enthebt nicht von der Aufgabe, ständig über Verbesserungen nachzudenken, damit die Bürger ihre Interessen auf optimale Weise in dem sich auch in Zukunft vertiefenden, erweiternden und differenzierenden politischen System der Europäischen Union vertreten sehen.

EU-Finanzreform 1999



Stefan Lehner, Mitglied des Kabinetts des für Haushaltsfragen zuständigen EU-Kommissars Erkki Liikanen, Friedrich Heinemann, Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Olaf Hillenbrand, Forschungsgruppe Europa, sowie Heinz-Jürgen Axt, Universität Duisburg, während der Podiumsdiskussion zur Vorstellung der Studie „EU-Finanzreform 1999“ im Centrum für angewandte Politikforschung.

Die Agrarpolitik solle weitgehend renationalisiert werden und die Strukturfonds in ihrer jetzigen Form seien abzuschaffen, verlangt der Finanzexperte Dr. Friedrich Heinemann vom Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. In seiner Studie „EU-Finanzreform 1999“ macht er deutlich, wie dringend Reformen notwendig sind, um die Nettozahlerdiskussion zu entschärfen und die EU auf die Herausforderungen der Osterweiterung vorzubereiten. In einer Maximalvariante plädiert er für eine weitgehende Renationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik und eine Umwandlung der bisherigen Strukturfonds in einen "Kompensationsfonds", über den ein politisch gewollter Finanzausgleich abgewickelt werden kann. Durch direkte Transfers werde den Mitgliedsstaaten die Autonomie über die Regionalpolitik zurückgegeben, begründet Heinemann die vorgeschlagene Abkehr vom derzeitigen System. Die Interessenlagen der Mitgliedstaaten berücksichtigend, stellt er unter dem Aspekt der kurzfristigen Umsetzbarkeit auch eine Minimalvariante vor, mit der Verbesserungen im Bereich des Subventionsabbaus im Agrarbereich erzielt werden können.

Die Studie „EU-Finanzreform 1999“ von Friedrich Heinemann ist im Projektkontext „Strategien für Europa“ der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung entstanden und kann am C·A·P bestellt werden. Ansprechpartner ist Dr. Claus Giering.

Korte, Karl-Rudolf: **Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989**, Stuttgart 1998, DVA, ISBN 3-421-05090-2, 720 S., 98,- DM.



Deutschlandpolitik in Kohls Kanzlerschaft

Clay Clemens, Wolfgang Schäuble und Karl-Rudolf Korte während der Vorstellung des Buches „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen“ im Bonner Haus der Geschichte. Eine einmalige Sondergenehmigung zur Auswertung bislang unzugänglichen Quellenmaterials ermöglichte zu einem ungewöhnlich frühen Zeitpunkt die Beschreibung des Wegs zur deutschen Einheit. Der Autor ist Leiter der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P in München und nimmt zur Zeit eine Lehrstuhlvertretung in Trier wahr.

Das Standardwerk zum Jubiläum: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999 - so lautet der Titel der nächsten Jahr erscheinenden Neuausgabe des von Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Standardwerks zur Geschichte und zu den Folgen der deutschen Einheit. Das Jubiläumsjahr 1999, dem in der Publikation besondere Bedeutung zukommen wird, bietet Anlaß, auf die Schlüsseldaten der deutschen Nachkriegsgeschichte zurückzublicken und Bilanz zu ziehen. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 40 Jahre Teilung, 10 Jahre Einheit sollen auch die Leitthemen der von der Forschungsgruppe Deutschland in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung geplanten Neuausgabe sein. Deshalb werden darin bilanzierend zeitgeschichtliche Aspekte in den Vordergrund treten, tagesbezogene, aktuelle Bereiche dafür reduziert. Neben der Überarbeitung und Aktualisierung bereits vorhandener Artikel wird das *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999* neue Stichworte - wie etwa „Doppelte Staatsgründung“ oder „Verhandlungen zur deutschen Einheit“ - enthalten, die speziell mit Blick auf diese Leitthemen aufgenommen wurden.

Die Neuausgabe des Handbuchs 1999 soll ein umfassendes Nachschlagewerk sein, das sich vor allem auf eine zeitgeschichtliche und politisch-ökonomische Bestandsaufnahme konzentriert. Nationale und internationale Aspekte sollen integriert werden: der Stand des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens, der Rückblick auf den Einigungsprozeß, die Geschichte der deutschen Frage und die aktuelle Datenlage. Eine sachkundige Problematisierung der vielfältigen Themen, die in über 70 Beiträgen von „Ausländer“ bis „Wirtschaft“ gegeben wird, kann dem Leser bei der individuellen Einschätzung der Geschichte der deutschen Einheit und ihrer Folgen helfen. Ansprechpartner und verantwortlich für die Redaktion des Handbuches ist der Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland, Andreas Kießling.

C·A·P beteiligt sich an Fernsehproduktion zur demokratischen Streitkultur

Susanne Ulrich und Eva Feldmann von der Forschungsgruppe Jugend und Europa beteiligten sich an der BR-Produktion „Hat Recht, wer schreit?“, die im Rahmen des Schulfernsehens ausgestrahlt wurde und sich mit Jugendparlament, Schlichtungen bei Tarifstreitigkeiten und der demokratischen Streitkultur befaßt. In einer von Schauspielern gespielten Wirtshausszene wurde plastisch die vorherrschende 'Streitunkultur' im Konflikt um einen geplanten Bolzplatz in der Nähe einer Wohnsiedlung dargestellt. Anschließend überprüften die beiden C·A·P-Mitarbeiterinnen mit den Hauptakteuren dieser Szene stillschweigende Annahmen, Vorurteile und die tatsächlichen Bedürfnisse der Beteiligten in dem gespielten Konflikt. In einem weiteren Schritt wurden die Schauspieler mit einem tatsächlichen Konflikt konfrontiert, den sie gemeinsam regeln sollten. Hier zeigte sich die Brisanz von alltäglich auftretenden Konflikten im persönlichen wie gesellschaftlichen Bereich und die Schwierigkeit, zunächst ein reflektiertes Bewußtsein für den eigenen Standpunkt zu gewinnen. Verweigerung und Intoleranz sind schnelle Reaktionen auf wahrgenommene Konflikte in der Wirklichkeit. Den Beteiligten wurde klar, daß erst die Anerkennung der Gleichberechtigung der Bedürfnisse aller es möglich macht, Toleranz zu üben. So können Konfliktparteien miteinander statt gegeneinander handeln und Lösungen finden, die allen gerecht werden. Der 30-minütige Sendebeitrag kann bei der Landeszentrale für politische Bildung in Bayern ausgeliehen werden.

Die C·A·P-Homepage...

...präsentiert sich in einem neuen Layout. Zudem wurde das Serviceangebot für den interessierten Nutzer umfangreich erweitert.

Besucher der Homepage können nunmehr nicht nur zahlreiche Informationen zu Veranstaltungen und zur Arbeit des Centrums für angewandte Politikforschung abrufen, sondern auch Ausgaben der letzten Newsletter ebenso als Dateien herunterladen wie Arbeitspapiere und Zusammenfassungen von aktuellen Publikationen.

<http://www.cap.uni-muenchen.de>

Die Ukraine auf dem Weg nach Westen?

Runder Tisch für „younger policy makers“

Der Westen muß sich für die Ukraine, die Ukraine sich für den Westen entscheiden. Dies forderte Professor Zbigniew Brezinskis anlässlich des runden Tisches „Ukraine in Transition and Western Strategy“, den das C•A•P in Zusammenarbeit mit dem American Institute for Contemporary German Studies im April in Washington D.C. veranstaltete. Rund 40 überwiegend junge „policy makers“ aus West- und Mitteleuropa, der Ukraine und den USA waren eingeladen, um zukünftige Politikoptionen der USA und der Europäischen Union zu diskutieren. Die Konferenz fand im Rahmen des vom German Marshall Fund unterstützten Programms „Improving Responsiveness to International Change“ statt.

Im Hinblick auf die finanzielle und ökonomische Krise der Ukraine forderten Oleksandr Pawljuk (Institut für Ost-West Studien, Kiew) und John Tedstrom (Rand, Washington), Westeuropa solle dem Land eine langfristige Perspektive auf einen EU-Beitritt geben. In den Unionsländern hingegen findet diese Option zur Zeit keine Mehrheit. Vor diesem Hintergrund schlug Alexander Rahr (DGAP, Bonn) mittelfristig realisierbare Kooperationen mit der Ukraine vor, wie z.B. auf den Gebieten Telekommunikation und Energie. Um die Ukraine langfristig an den Westen heranzuführen, so das Fazit des runden Tisches, sollte ein Austausch auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen initiiert werden und den mitteleuropäischen Staaten dabei eine Brückenfunktion überlassen werden.



Prof. Werner Weidenfeld und Prof. Zbigniew Brezinski in Washington anlässlich des runden Tisches „Ukraine in Transition and Western Strategy“.

Die Euro-Entscheidung

Das Votum von 11 Staaten der Europäischen Union zur Einführung des Euro ist eine Epochenzäsur der europäischen Integration. Bedeutung und Folgewirkungen dieses Schritts werden jedoch bisher zumeist verkannt: So stellt sich u.a. die Frage nach den Auswirkungen der Entscheidung auf die Entwicklung einer europäischen Identität, den Fortgang der politischen Integration, den Wirtschaftsstandort Europa oder aber auf die Außenwirkung der Europäischen Union. Dieser Grundtenor wurde deutlich bei einer Podiumsdiskussion, die das C•A•P in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk unmittelbar nach der Entscheidung des Europäischen Rates über den Euro durchführte.

Unter Moderation von Prof. Werner Weidenfeld diskutierten der Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes Deutscher Banken, Dr. Manfred Weber, der Gesandte der Britischen Botschaft in Bonn, Robert Cooper, der Ressortleiter Wirtschaftspolitik des Handelsblatts, Dr. Marc Beise, der Direktor für Forschung und Kommunikation bei der Assoziation für die Europäische Währungsunion (AUME) in Paris, Dr. Stefan Collignon, sowie der frühere Generaldirektor für Auswärtige Beziehungen der Europäischen Kommission, Dr. Horst-Günther Krenzler.

Zu Gast am C•A•P..

...eine lettische Expertengruppe aus dem Jugend- und Bildungsbereich, die bei dem Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland e.V. (IJAB) zu Gast war, besuchte am 24. April 1998 das C•A•P und informierte sich über Arbeitsweisen und Forschungsschwerpunkte des Instituts.

...am 4. und 5. Mai 1998 waren zwei Vertreter des Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend am C•A•P zu Gast und besprachen mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa zukünftige Arbeitsschwerpunkte.

... am 4. und 5. Juni 1998 besuchten Dr. Herrschel und Dr. Doherty von der University of Westminster aus London das C•A•P und diskutierten Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen des SOKRATES-Programms der EU.

...im Rahmen einer Studienreise der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (Berlin) besuchte Mitte Mai eine Gruppe von Fach- und Führungskräften von Jugendsozialverwaltungen aus St. Petersburg das C•A•P. Bei dem Fachgespräch mit Mitarbeitern über die Struktur und Arbeitsweisen des C•A•P standen die Projekte im Mittelosteuropabereich und die Arbeit der Forschungsgruppe Jugend und Europa im Vordergrund.



Stefan Collignon, Robert Cooper, Manfred Weber, Werner Weidenfeld, Marc Beise, Horst-Günther Krenzler (v.l.n.r.) während des Rundgespräches am C•A•P zur Euro-Entscheidung des Europäischen Rates vom Mai 1998.

Best Practices in der Migrationspolitik

Die weltweite Migration verändert das Gesicht der europäischen und amerikanischen Gesellschaften. Während die mit den Wanderungsbewegungen verbundenen Probleme in Europa und Amerika ganz ähnlich sind, gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks zum Teil ganz unterschiedliche Lösungskonzepte. Aus dieser Erkenntnis heraus fördert das Projekt *Transatlantische Lerngemeinschaft*, das das C·A·P in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und dem German Marshall Fund durchführt, im Bereich der Migrationspolitik den transatlantischen Austausch von Best Practices mit dem Ziel, praxisnahe Politikempfehlungen zu erarbeiten. In Miami fand jetzt das erste Treffen der Arbeitsgruppe Migration mit Experten und Praktikern aus Europa und Amerika statt. Im Mittelpunkt standen dabei Lösungskonzepte für die Teilbereiche Immigration, Integration und Beziehungen zu Entsendestaaten. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Migration ist für September 1998 in Amsterdam geplant. Weitere Informationen enthält die Homepage der Transatlantischen Lerngemeinschaft: <http://www.transatlanticnet.de>

High-Tech-Forschung in den USA

In Deutschland wird immer wieder beklagt, daß das Land in den vergangenen Jahren eine zunehmende Abwanderung von Forschungskapazitäten erfahren hat. Ein solcher Verlust an Wissen und Kompetenz würde die langfristig wichtigste Produktionsressource der Bundesrepublik und ihre Weiterentwicklung als Wissens- und Informationsgesellschaft gefährden. Eine Analyse der USA, die in Forschung und Entwicklung weltweit einen Spitzenplatz einnehmen, verspricht Aufschlüsse über die erfolgreiche Gestaltung eines international wettbewerbsfähigen Forschungsstandorts Deutschland. Das C·A·P (Ansprechpartner: Dr. Thomas Paulsen) untersucht daher in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Büro des Bundesforschungsministeriums die Grundlagen der amerikanischen Forschungslandschaft. Im Mittelpunkt der Strukturanalyse stehen die Bereiche Informationstechnik und Biowissenschaften. Ziel ist es, einen umfassenden Überblick über Aufgabenteilung und Zusammenwirken staatlicher und privater F&E-Aktivitäten in den USA zu gewinnen. In einem zweiten Schritt sollen die Erfolgsbedingungen der US-Forschung identifiziert und ihre Übertragbarkeit auf das deutsche F&E-System geprüft werden.

„Partnerschaft in einer neuen Zeit“ ...

... „Deutschland muß seinen Anstrengungen zum Ausbau der transatlantischen Institutionen und personellen Netzwerke verstärken, um die Qualität der bestehenden Partnerschaft auch in Zukunft zu bewahren.“ Diese Forderung erhebt Prof. Werner Weidenfeld, Koordinator für die deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, in seinem neu erschienen Tätigkeitsbericht 1996-1998 „Partnerschaft in einer neuen Zeit“. In dem Bericht gibt er einen Überblick über die Entwicklung des deutsch-amerikanischen bzw. transatlantischen Verhältnisses seit 1996 und seine in diesem Zusammenhang unternommenen Initiativen. Zentral für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen ist nach Ansicht Weidenfelds, daß diese durch die Entwicklung neuartiger Kommunikationsstrukturen und deren institutionelle Absicherung auf eine neue Stufe der Verbindlichkeit gestellt werden.

Europa braucht Rumänien...

...Beim Empfang im Cotroceni-Palast am Vorabend der Task-Force-Sitzung der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa in Bukraest (29.-30. April 1998) plädierte der rumänische Staatspräsident Emil Constantinescu offensiv für eine baldige Aufnahme seines Landes in NATO und EU: Rumänien braucht Europa - für seine Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung, aber Europa braucht Rumänien auch, insbesondere als regionalen Stabilitätsfaktor in Südosteuropa. Der Zeitpunkt der Tagung hätte nicht besser gewählt sein können: Denn zeitgleich war Außenminister Andrei Plesu in Brüssel, um die Beitrittspartnerschaft zwischen Rumänien und der EU offiziell zu eröffnen. Die Task-Force-Tagung, die in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Institute for East-West-Studies durchgeführt wurde, brachte rumänische Politiker sowie Experten aus verschiedenen (zukünftigen) EU-Staaten zu einer Bestandsaufnahme des rumänischen Integrationsprozesses zusammen. Neben den besonderen Vorbedingungen der rumänischen Transformation wurden vor allem Themen des dritten Pfeilers erörtert: Polizei, Schengen, Justiz und Korruptionsbekämpfung.

C·A·P Personalien...

...**PD Dr. Karl-Rudolf Korte**, Leiter der Forschungsgruppe Deutschland, erhielt im Rahmen des 526. Stiftungsfestes der Ludwig-Maximilians-Universität München aus der Hand des Rektors, Prof. Heldrich, den Preis für die beste Habilitation der Universität. Den Preis für die hervorragende Habilitationsschrift stiftete die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität München.

...**Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld** wurde in den **Beirat der Graduate School of International Studies der Yonsei University Seoul**, Korea, berufen.

...**Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld** wurde im Rahmen der Eröffnungsfeier der 44. deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche in Koblenz die **General Lucius D. Clay Medaille**, die höchste Auszeichnung des Verbandes der deutsch-amerikanischen Clubs, verliehen. Die Laudatio hielt der Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher.

Prof. Weidenfeld referierte zum Thema „Europe's Future Agenda“ am 21. April 1998 am **World Policy Institute** der New School of Social Research (New York) und am 22. April 1998 am **East-West-Institute** (New York).